



Niederschrift

über die Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am 05.11.2014

Anwesend

- Vorsitz

Steitz, Georg

- Mitglieder

Bub, Kerstin
Canpolat, Nurhayat
Eckhardt, Gerd Dr.
Freundlieb, Christoph
Leidecker, Felix
Littig, Sabine (Vertretung für Frau Ruth Jaensch)
Merkator, Kurt
Mosavy, David
Siebner, Claudia
Viering, Christian
Westrich, Sissi

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Gerth, Ulrich
Günay, Gülsüm
Kaltenbach, Reinhard (Vertretung für Herrn Bernhard Finger)
Kirchhart, Stefanie Dr.
Panschar, Frank
Plum, Sophia
Schuster, Regine

- beratende Mitglieder

Acker, Werner
Boos-Waidosch, Marita
Eberhard, Judith (Vertretung für Frau Burkhardt)
Ellrich, Christine (Vertretung für Frau Eva Weickart)
Elsen, Michael
Gross-Herzog, Irene (Vertretung für Frau Regina Fülber)
Göbel, Richard
Krück-Weißmüller, Michael
Künstler, Kathrin (Vertretung für Herrn Andreas Winheller)
Piel, Viktor
Saßenberg, Kersten
Schwamb, Marina
Wörsdörfer, Johannes

- Schriftführung

Stöhr, Heike

Entschuldigt fehlen

- **Mitglieder**

Jaensch, Ruth
Lauzi, Myriam

- **Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)**

Finger, Bernhard

- **beratende Mitglieder**

Fülber, Regina
Genßler, Elke Pfarrerin
Maskus, Hendrik Pfarrer
Nemazi-Lofink, Peimaneh
Schindler-Siegreich, Stella
Weickart, Eva
Winheller, Andreas

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 10
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.09.2014

b) öffentlich

3. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern
4. Neue Projektgruppenmitglieder für das OPEN OHR Festival 2015
5. Beitritt der Landeshauptstadt Mainz zur rheinland-pfälzischen Rahmenvereinbarung nach § 72a SGB VIII vom 23.01.2014
6. Haushaltsplanentwurf 2015/2016; Beratung des Verwaltungsentwurfs
7. Entwurfsplanung zum 1. Bauabschnitt der Gesamtmaßnahme "Grüne Achse"
8. Sachstandsbericht zum Antrag 1887/2013 SPD-, Bündnis 90/Die Grünen- und FDP-Stadtratsfraktion
9. mündlicher Bericht des Stadtjugendrings zum aktuellen Sachstand Kinder- und Jugendbeteiligung in Mainz
10. Mitteilungen

Der Vorsitzende Herr Steitz eröffnet um 16.05Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 3 **Verpflichtung von Ausschussmitgliedern**

Herr Merkator liest den Verpflichtungstext vor und verpflichtet die neuen noch nicht verpflichteten Jugendhilfeausschussmitglieder und stellvertretenden Mitglieder Frau Günay, Frau Dr. Kirchhart, Herr Krück-Weißmüller und Herr Wörsdörfer gem. den Bestimmungen der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung und weist ausdrücklich auf die Verschwiegenheitspflichten der Mitglieder hin.

Im Anschluss stellt Herr Merkator Herrn Hauf als Nachfolger von Frau Leske für die Abteilung Kindertagesstätten und Frau Monika Roth als Nachfolgerin für Herrn Hauf im Dezernat IV vor.

Punkt 4 **Neue Projektgruppenmitglieder für das OPEN OHR Festival 2015** **Vorlage: 1398/2014**

Vier der 5 neuen Projektgruppenmitglieder stellen sich persönlich vor.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Carolin Geyer, Florian Löchelt, Johanna Metzner und Monika Mülhausen, die von der amtierenden Freien OPEN OHR Projektgruppe ausgewählt wurden, werden als neue Projektgruppenmitglieder bestätigt.

Punkt 5 **Beitritt der Landeshauptstadt Mainz zur rheinland-pfälzischen Rahmenvereinbarung nach § 72a SGB VIII vom 23.01.2014** **Vorlage: 1405/2014**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Steitz Frau Nonninger vom Landesjugendamt. Sie erläutert die Problematik des § 72 a SGB VIII. Dort wird dem öffentlichen Träger vorgeschrieben, mit den Freien Trägern der Jugendhilfe Vereinbarungen zu schließen, bei Beschäftigung von Personen ein erweitertes Führungszeugnis zu fordern, um Personen, die im Sinne

des § 72 a SGB VIII (sexuelle Übergriffe) strafrechtlich vorbelastet sind, den Zugang zu Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe zu verhindern.

Für Hauptamtliche legt das Gesetz dies so fest, für Ehrenamtliche und Nebenamtliche sind die gesetzlichen Vorgaben durch die Vereinbarung zu konkretisieren.

Je nach Tätigkeiten der Ehrenamtlichen haben die Freien Trägern einen Handlungsspielraum und beurteilen mit Hilfe eines Prüfungsschemas, ob ein EFZ erforderlich ist.

Nach Angaben von Frau Nonninger haben schon über 30 Jugendämter Rahmenvereinbarungen mit Freien Trägern geschlossen.

Auch der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Herr Steitz sieht die Notwendigkeit solcher Rahmenvereinbarungen zur Reduzierung von Kindeswohlgefährdungen.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Beitritt der Landeshauptstadt Mainz zur rheinland-pfälzischen Rahmenvereinbarung nach §72a SGB VIII zum Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen aus der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz.

Die Verwaltung wird beauftragt, bei den örtlichen freien Trägern ebenfalls für den Beitritt zur Vereinbarung zu werben, sofern diese mit Ihren Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe von der Rahmenvereinbarung erfasst werden.

Die Auszahlung von Zuschüssen und vergleichbarer öffentlicher Förderung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe wird ab 01.07.2015 an die Voraussetzung geknüpft, dass der Empfänger bis zu diesem Zeitpunkt seinen Beitritt zur Rahmenvereinbarung erklärt hat, sofern in seinem Auftrag Personen ehren- oder nebenamtlich tätig sind, deren Tätigkeit von der Rahmenvereinbarung erfasst wird.

Punkt 6 **Haushaltsplanentwurf 2015/2016; Beratung des Verwaltungsentwurfs**
hier: Teilhaushalt - Amt für Jugend und Familie
Vorlage: 1395/2014

Herr Merkator erläutert das Prozedere von der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs bis zur Verabschiedung des Haushaltes durch den Stadtrat am 03.12.2014.

Er stellt klar, dass der Jugendhilfeausschuss außer dem Finanzausschuss der einzige Ausschuss ist, der überhaupt Veränderungsvorschläge zum Haushaltsplanentwurf machen darf. Es folgt eine Präsentation des Haushaltsentwurfs durch Herrn Blumör, Controller des Amtes 51, die mitunter als Lesehilfe für den Haushaltsplanentwurf dienen soll.

Im Anschluss beantwortet er Fragen zu bestimmten Haushaltsansätzen des Ergebnishaushalts.

Frau Schuster bittet um Beifügung der Präsentation zum Protokoll dieser Sitzung.

Von Seiten der Verwaltung wird bestätigt, dass die Ansätze für die Grundschulsozialarbeit bei der abschließenden Beratung des Haushaltsplanentwurfs enthalten sein werden.

Von Herrn Steitz geht ein Dank an die Verwaltung.

Nachfolgende Änderungsvorschläge werden gemacht und mehrheitlich angenommen:

1. Im Finanzhaushalt:
Bei dem Investivprojekt „Kinderfreundliches Mainz“ soll der Ansatz von 160.000,-€ auf 200.000 € erhöht werden.
(wurde mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung beschlossen)

2. Im Ergebnishaushalt:
Bei den Zuschüssen wurden, entgegen eines früheren Beschlusses des Jugendhilfeausschusses, von der Verwaltung die Ansätze des Haushaltes 2013/2014 fortgeschrieben. Der Stadtvorstand hatte einer Erhöhung der Zuschüsse nicht zugestimmt. Der Jugendhilfeausschuss berät dahingehend, dass der Verwaltungsvorschlag für die Haushaltsjahre 2015/2016 um den von den Trägern im Antrag ausgewiesenen Betrag der Tarif-treue erhöht werden soll.
(wurde mit einer Gegenstimme beschlossen)

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich:

Der Haushaltsplanentwurf 2015/2016 – Teilhaushalt für das Amt für Jugend und Familie – wird mit den aufgeführten Änderungen beschlossen (1 Enthaltung und 1 Gegenstimme).

Punkt 7 **Entwurfsplanung zum 1. Bauabschnitt der Gesamtmaßnahme "Grüne Achse"**
Vorlage: 1050/2014

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig:

Der Entwurfsplan wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 **Sachstandsbericht zum Antrag 1887/2013 SPD-, Bündnis 90/Die Grünen-, FDP- Stadtratsfraktion hier: Hort- und Betreuungsplätze für Kinder schaffen**
Vorlage: 1384/2014

Angesprochen wird hier von Herrn Dr. Eckhardt, dass im Gegensatz zum kostenlosen Angebot der Ganztagschule, die kostenpflichtige Betreuung in einer Betreuenden Grundschule von Kindern aus sozial benachteiligten Familien mit geringem Einkommen kaum wahrgenommen werden kann, obwohl bei diesen Kindern gleichwohl der Bedarf an Nachmittagsbetreuung besteht.

Dem Hinweis von Herrn Merkator, dass die Lösung hierfür sein sollte, die Schulen als ganztägige Einrichtungen weiterzuentwickeln, widerspricht Herr Krück-Weißmüller als Vertreter der Schulbehörde. Dies sei für die angesprochenen Familien auch keine Lösung, da diese Familien ihre Kinder zuhause betreuen wollen.

Laut Herrn Cartus erfolgt im Januar/Februar 2015 die in der Vorlage erwähnte Befragung unter Einbeziehung aller Eltern in den Kindertagesstätten, um den konkreten Bedarf an Betreuungsangeboten zu ermitteln.

Herr Merkator gibt den Hinweis auf Folgekosten, die durch den Ausbau der Betreuung von Schulkindern entstehen werden.

Frau Eberhardt bittet um Einsicht in die Befragungsbögen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und stimmt der Umsetzung der dort dargestellten Maßnahmen zu.

Punkt 9 **mündlicher Bericht des Stadtjugendrings zum aktuellen Sachstand Kinder- und Jugendbeteiligung in Mainz**

Frau Günay vom Stadtjugendring berichtet in Vertretung von Herrn Benedikt Schwarz über den aktuellen Sachstand zur Konzeption der Kinder- und Jugendbeteiligung.

Dieser Tagesordnungspunkt war bereits Thema in der JHA-Sitzung am 20.03.2014 (TOP 5).

Herr Cartus erläuterte in dieser Sitzung die Inhalte des Projektes. Offen war noch, ob die gewünschte Jugendbeteiligung erfolgen kann, d.h. die erforderlichen finanziellen Mittel zur Finanzierung einer Stelle zur Verfügung stehen.

Die abschließende Beurteilung hierüber stand im Frühjahr beim Stadtjugendring noch aus.

Frau Günay berichtet heute, dass die Finanzierung durch Drittmittel i.H.v. 160.000 € (Antrag bei Aktion Mensch, Sponsoring/Spenden) für Personal- und Sachkosten vermutlich zur Verfügung stehen werden und als Anlaufstelle ein Kinder- und Jugendbüro im Haus der Jugend angestrebt wird. Der Start hierfür wird Mitte 2015 liegen.

Frau Günay sagt, dass dem Stadtjugendring Stakeholder fehlen, um eine Nachhaltigkeit für das Projekt sicherzustellen. Daraufhin sprechen sich die jugendpolitischen Sprecher/-innen Viering, Fraktion B90/DIE GRÜNEN und Westrich, SPD-Fraktion für eine breite Unterstützung aus.

Problematisch wird noch die Folgefinanzierung für die Jahre 2017/2018 sein.

Eine Zusage für eine finanzielle Unterstützung von Seiten der Stadt ist zum heutigen Zeitpunkt nicht möglich.

Punkt 10 **Mitteilungen**

Herr Steitz dankt der Verwaltung für die der Einladung zu dieser Sitzung beigefügte Arbeitshilfe vom Landesjugendamt für Mitglieder der Jugendhilfeausschüsse.

Auf je einen Flyer zu „Jugend spricht für sich“ im Stadtteil Mainz-Marienborn und zu § 72 a SGB VIII (TOP 5) und 2 Jahresberichte 2013 vom Diakonischen Werk wird hingewiesen.

Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

gez. Georg Steitz.....
Vorsitz Jugendhilfeausschuss

gez. Kurt Merkator.....
Beigeordneter

gez. Heike Stöhr.....
Schriftführung